

1. Arbeitsmarkt (Roman Pronegg)

Wir sind der Meinung, dass die Politik mehr Arbeitsplätze für jugendliche Arbeitssuchende schaffen soll und die Schaffung von Lehrstellen gefördert werden soll.

Die Erleichterung bei der Arbeitssuche kann durch finanzielle Anreize bei Praktikumsstellen und eine flächendeckende Information (Berufsorientierung) über Berufsfelder erfolgen.

Zudem sollten Anreize und rechtliche Vorteile für Unternehmen geschaffen werden, sozial gerecht zu handeln, damit MitarbeiterInnen ein besseres/gesünderes Arbeitsumfeld vorfinden.

LTAbg. Schöpfer: Verantwortung der Politik, Steiermark weist positive Entwicklung am Arbeitsmarkt auf; Strukturveränderungen sind unter anderem für Arbeitslosigkeit verantwortlich (Berufsgruppen); Berufsmatura für Lehrlinge seit 2005 als Voraussetzung für Fortentwicklungen; mehr Mädchen in technische Berufe; vom Land gefördert; Problem der demographischen Veränderungen;

Schardt: Benachteiligungen von Frauen und Migranten

Marterer: Förderungen von Praktika wichtig

Friesenbichler: wie Schardt; Anreize für Unternehmen für sozialgerechtes Handeln

Wallner: Berufsorientierung soll kostengünstig sein; entweder in den Schulen oder kleineren Anlaufstellen

Pronegg: Schwierigkeit für Maturanten ohne Zusatzausbildungen sofort eine Arbeitsstelle zu finden

Miklavcic: mehr Ferienjobs für Schüler auch Teilzeit;

LTAbg. Ederer: mehr Förderungen für Mädchen in technischen Berufen; Übersicht über Lehrstellenangebote;

LTAbg. Zitz: Ferienjobs nur über persönliche Kontakte problematisch; Jugendliche Selbstständige fühlen sich oft allein gelassen;

LTAbg. Klimt-Weithaler: problematisch Ferienjob zu bekommen; Praktikum für junge Menschen die sich für eine Lehre entscheiden: wichtig

Großunternehmen sollen in die Ausbildung junger Menschen investieren

LTAbg. Zelisko: Schwierigkeit der Berufswahl ohne Praktikum; derzeit stehen relativ viele Lehrplätze zur Verfügung. Facharbeiterausbildungsstätten, höhere Einstiegsgehälter notwendig, da gerade in dieser Zeit z.B. Familienplanung passiert

Jeitler: soziale Forderungen werden unterstützt; Leistbarkeit für Kleinunternehmer sind ein Problem.

LHStv. Flecker: Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen sind in einem marktwirtschaftlichen System sehr schwierig.

Ausbildungsplätze für alle Jugendlichen als Angebot; Jugendliche Chancengleichheit im Zugang zur Bildung; Gesamtschule; freier Zugang zu den Universitäten, Bildung wichtigstes Kapital, Aufwertung des Stellenwertes von Lehrberufen; Lehrlingsfonds als Weg zur Finanzierung der Bereitstellung von mehr Lehrstellen;

Zottler: gegen Gesamtschule, Niveau wird sinken, Privatschulen werden boomen, gleiches Recht auf Bildung.

Maier: Klusemann als positives Beispiel für eine Gesamtschule.

Jeitler: es gibt viele gute Hauptschulen, Gesamtschule kein Allheilmittel,

2. Integration (Katrin Wallner)

Um eine gute Integration von ZuwandererInnen zu ermöglichen, ist die Schaffung einer funktionierenden Struktur notwendig.

Dies beinhaltet Kindergartenpflicht für MigrantInnen und das Erlernen der deutschen Sprache.

Zudem soll es mehr Einrichtungen geben, die aufklären, Fragen beantworten und auf die Bedürfnisse der MigrantInnen eingehen, Vorurteile abbauen, dem Rassismus vorbeugen und die Interaktion zwischen In- und AusländerInnen fördern.

Das Land Steiermark sollte außerdem auf Bundesebene die Beschleunigung von Asylverfahren unterstützen und einfordern.

Schardt: kostenlose Deutschkurse für MigrantInnen wichtig.

Pichler: offenes Ohr für Migrantinnen; Anlaufstellen

Reiterer: viele wollen Deutschkurse nicht in Anspruch nehmen, weil sie sich nicht anpassen wollen.

Fuchs: Deutschkurse verpflichtend, Integrationswille gefordert

Schardt: Integration muss auch erleichtert werden durch Maßnahmen des Landes,

Stromberger: wie Fuchs

Maier: Integration muss auf beiden Ebenen funktionieren sowohl bei Staat als auch bei MigrantInnen.

LTAvg. Schröck: Integration bedeutet Strukturen zur Verfügung stellen, hohe räumliche Konzentration von AusländerInnen als Problemfeld, Beamte mit Migrationshintergrund bei der Polizei sind wichtig.

LTAvg. Klimt-Weithaler: kein Mensch ist als Person illegal, Rahmenbedingungen für die Integration sind wichtig.

LTAvg. Zitz: Wartelisten für Deutschkurse, viele Initiativen des Landes hinsichtlich Integration von MigrantInnen,

Aktivitäten wie Siedlungsbetreuung sind wichtig, Frauendiskriminierung ist unakzeptabel auch wenn dies kulturelle Hintergründe hat, respektvollerer Umgang kann helfen.

LTAbg. Schöpfer: aktive Einwandererpolitik gefordert, Österreich ist ein Einwandererland ohne dass dies der Bevölkerung bewusst ist, Menschenrechte achten,

Schardt: Migration als Chance.

Lengauer: AusländerInnen sollen Glauben privat ausüben

Fellingner: Meinung wie Schröck

Baumgartner: Unterscheidung zwischen politischem und wirtschaftlichem Flüchtling.

Pichler: Österreich hat Verantwortung gegenüber ärmeren Ländern.

Jeitler: Lösung sollte am System angepackt werden nicht, Tradition und Glaube sind wichtig,

Götschl: Abschaffung der Studiengebühren führt zu mehr ausländischen StudentInnen.

Binder: Unsere Kultur wird vernachlässigt, MigrantInnen sollen sich an uns anpassen und nicht umgekehrt.

LRin Vollath: Integration kein einseitiger Vorgang, geht uns alle an. Bedürfnisse aller sollen in der Gesellschaft gestillt werden. Bildung und Fortbildung von Anfang an ist der große Schlüssel für die Betroffenen. Flächendeckendes Angebot für Deutschkurse – erst dann verpflichtend machen. Rassismus darf nicht gesellschaftsfähig werden.

Verfassungsrecht auf Religionsfreiheit.

3. Gleichberechtigung (Stefan Maier)

An Schulen und in Kindergärten fehlt es an Aufklärungsarbeit im Bereich Gleichbehandlung zwischen Männern und Frauen.

Gender-Peers an Schulen können als Ansprechpersonen und als MultiplikatorInnen fungieren.

Außerdem fordern wir den Abbau von Hürden für Frauen/Männer, die in andersgeschlechtlich dominierten Bereich gehen und keine finanzielle Benachteiligung für Väter, die in Karenz gehen wollen.

Öffentliche Volksvertretungen sollten der Bevölkerungsverteilung entsprechen, wenn die Qualifikationen für das jeweilige Amt erfüllt werden.

Zottler: Gender-Peers sind relativ sinnlos.

Raith: Kinder-Peers und Kindergarten – Aufklärung sind sehr wichtig.

Lechner: nicht nur Frauen in die Technik sondern auch Männer in die Kindergärten.

LTAbg. Schröck: Gender-Peers an den Schulen wichtig, Zusammenhang zwischen der Unterrepräsentation von Männern in bestimmten Berufsbereichen und schlechtere Bezahlung.

LTAbg. Klimt-Weithaler: Quotenregelungen sind sinnvoll, Geschlechtergerechtigkeit,

LTAbg. Zitz: Gender-Peers sind eine gute Idee.

LTAbg. Ederer: Menschheit soll sich weiterentwickeln, daher ist die Aufklärung in Kindergärten und Schulen wichtig. Gegen fixe Quotenregelungen.

LRin Vollath: Gleichstellung von Männern und Frauen ist ein besonderes Anliegen der Landesregierung. Insbesondere bei der Budgetgestaltung.

4. Soziale Gerechtigkeit (Maria Lisa Pichler)

Da es gravierende soziale Unterschiede gibt, muss die Politik dafür sorgen, Chancengleichheit auf allen Ebenen zu schaffen.

Sozial Schwächere sollen gestärkt werden, sozialer Selektion muss entgegen gewirkt werden.

Aus den Erfahrungen heraus kann die Schaffung von Informationsstellen und der Bürokratie-Abbau bei Förderansuchen eine bessere Auslastung der Unterstützungsmöglichkeiten gewährleisten.

LRin Vollath: Wie kann Politik soziale Gerechtigkeit schaffen? Gesamtheit der Gesellschaft muss auf ein höheres Bildungsniveau kommen. Reformen gegenüber offen sein.